

Schlechtere Bildung bremst auch politisches Engagement

Der Datenreport 2018 zeigt soziale Spaltungen

Bernhard Weßels

Dieser Beitrag ist die stark gekürzte Version eines Kapitels aus dem gerade erschienenen Datenreport 2018, einer Kooperation des WZB mit dem Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Sozio-ökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Repräsentanten; durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf sich die Bürgerinnen und Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbringen und dadurch sowohl die demokratischen Spielregeln anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten. Wenn jedoch entgegen der normativen Vorstellung von politischer Gleichheit in der Demokratie große Unterschiede in der politischen Beteiligung zwischen sozialen oder demografischen Gruppen existieren oder wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß an politischer Integration und Partizipation zurückfällt, ist dies ein Warnsignal für die Demokratie. Hinsichtlich der sozialen oder demografischen Unterschiede stehen drei Merkmale im Vordergrund der Diskussion über Integration und politische Ungleichheit: Unterschiede zwischen Jung und Alt, zwischen besser und schlechter Gebildeten und zwischen Ost und West.

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Politik ist ein wichtiger Gradmesser dafür, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen, das heißt, ob Politik für die Bürgerinnen und Bürger wichtig genug ist, um sich zu informieren und sich gegebenenfalls zu engagieren. Das politische Interesse wird bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen durch die Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“ erfasst. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. In den alten Bundesländern war er im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands 1990 am höchsten und sank dann wieder ab. Allerdings lag das Niveau weiterhin höher als Anfang der 1980er Jahre. Das politische Interesse stieg in den letzten Jahren wieder deutlich, sodass es 2014 den Stand von 1990 erstmals wieder übertraf. Auch 2016 lag der Anteil der politisch stark oder sehr stark Interessierten mit 38 Prozent einen Prozentpunkt höher als 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er Jahre. In Ostdeutschland waren die Bürgerinnen und Bürger bis etwa 2010 etwas weniger politisch interessiert als in Westdeutschland. Ab dem Jahr 2010 ist dieser Unterschied nahezu verschwunden, und auch in Ostdeutschland erreichte das politische Interesse 2014 und 2016 mit jeweils 37 Prozent einen Spitzenwert (Westdeutschland: 40 und 38 Prozent).

Größer als der Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern ist der Unterschied im Interesse an der Politik zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern. Die 18- bis 29-jährigen West und Ostdeutschen sind deutlich weniger politisch interessiert als der Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Unterschied ist nach 1990 entstanden. Davor interessierten sich Jüngere nur geringfügig weniger für Politik.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist jene zwischen Personen ohne und Personen mit Abitur.



Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessierten, in Westdeutschland 2016 bei 55 Prozent und in Ostdeutschland bei 53 Prozent. Damit lag er im Westen wie im Osten etwas mehr als 15 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Während regionale Unterschiede keine Rolle mehr spielen, sind große soziale Unterschiede festzustellen, insbesondere zwischen Bildungsgruppen. Damit ergibt sich der Befund sozialer Ungleichheit in Bezug auf die für politische Beteiligung zentrale Voraussetzung, nämlich das Interesse an Politik.

Wird politische Beteiligung betrachtet, ist ein Befund, dass sich das Repertoire der Beteiligungsformen, die über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen hinausgehen, in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet hat. Neben organisatorischen Formen der Beteiligung wie der Arbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie die Aufnahme von Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang wurde von einer „partizipatorischen Revolution“ gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien nicht institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung etablierten.

Werden die Werte zwischen Ost und West, zwischen Menschen mit und ohne Hochschulabschluss sowie zwischen Jüngeren und Älteren 2016 verglichen, sind die regionalen Unterschiede am geringsten, und auch die zwischen Jüngeren und Älteren sind nahezu vernachlässigbar. Dasselbe gilt allerdings nicht für die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen. Hier zeigen sich bei allen Formen der Beteiligung mit Ausnahme der Arbeit in Parteien und Bürgerinitiativen starke Unterschiede durch eine sehr viel stärkere Beteiligung von Menschen mit Hochschulabschluss. Der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen war bei Unterschriftensammlungen mit einer Prozentpunktdifferenz von 19 zugunsten der Akademikerinnen und Akademiker am höchsten, gefolgt von der Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern (11 Prozentpunkte), Demonstrationsteilnahme (9 Prozentpunkte) und der Arbeit in Vereinen oder Organisationen (8 Prozentpunkte). Auch bei der Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen lagen Bürgerinnen und Bürger mit einem Hochschulabschluss 4 Prozent vorn.

Während sich im Zeitverlauf das politische Interesse und die Nutzung nicht traditioneller, unorganisierter Formen der Beteiligung eher positiv entwickelt haben, ist für die traditionellen, organisatorischen Formen der Beteiligung, allen voran Mitgliedschaften in Gewerkschaften und politischen Parteien, ein deutlicher Attraktivitätsverlust festzustellen. Noch kritischer zu beurteilen ist der Befund, dass Teilhabe und Integration in Organisationen und Aktionsformen stark sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen Bürgerinnen und Bürgern ohne und mit Hochschulabschluss. Die Ergebnisse des Datenreports müssen aufmerken lassen: Die institutionalisierte Politik verliert an Basis in der Bevölkerung, und Bildungsunterschiede fallen wie in vielen Bereichen, so auch im politischen Engagement, immer noch deutlich ins Gewicht.

Was die Ausgeglichenheit der politischen Integration und politischen Teilhabe angeht, ergibt sich insgesamt also ein gemischtes Bild. Die großen Unterschiede zwischen Ost und West sind verschwunden, auch die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren verweisen nicht auf Defizite politischer Integration. Anders steht es um das Gefälle in der Beteiligung von Menschen mit und ohne Hochschulbildung. Hier zeigen sich über alle Beteiligungsformen hinweg systematische Unterschiede, die als sozial bedingte politische Ungleichheit zu bewerten sind.



Bernhard Weßels ist stellvertretender Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

bernhard.wessels@wzb.eu